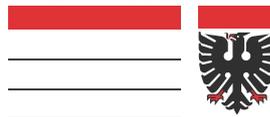


Protokoll Einwohnerrat

1. Sitzung

Montag, 21. Januar 2019, 19:00 Uhr, Grossratssaal

- Vorsitz: Matthias Keller, Präsident
- Protokollführung: Stefan Berner, Vize-Stadtschreiber
- Anwesend: 43 Mitglieder des Einwohnerrates
7 Mitglieder des Stadtrates
Daniel Roth, Stadtschreiber
Jan Hlavica, Stadtbaumeister
Jeannine Meier, Leiterin Soziale Dienste
- Entschuldigt: Peter Jann
Beatrice Klaus
Susanne Klaus Günthardt
Christoph Oeschger
Petra Ohnsorg Matter
Peter Roschi
Brigitte Vogt



Traktanden

| | Seite |
|---|-------|
| 1. Mitteilungen | 3 |
| 2. Inpflichtnahmen | 4 |
| 3. Ersatzwahl einer Stimmzählerin oder eines Stimmzählers für den Rest der Amtsdauer 2018/2019 (anstelle von Ueli Hertig) | 6 |
| 4. Ersatzwahl eines Mitgliedes der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission ab 1. März 2019 für den Rest der laufenden Amtsperiode 2018/2021 (anstelle von Yannick Berner) | 7 |
| 5. Anfragen | 8 |
| 6. Beschlussfassung über die Überweisung des Postulats von Abdul M. Abdurahman (SP), Thomas Grüter (SP) und Mitunterzeichnende: Kinderfreundliche Gemeinde | 9 |
| 7. Beschlussfassung über die Überweisung des Postulats von Abdul M. Abdurahman (SP) und Lelia Hunziker (SP): Beitritt zur Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus | 13 |
| 8. Beschlussfassung über die Überweisung des Postulats von Leona Klopfenstein (SP), Lelia Hunziker (SP), Daniel Ballmer (Grüne) und Christoph Waldmeier (EVP/EW): Geflüchtete im Mittelmeer | 16 |
| 9. Kreditabrechnung Sanierung Zurlindenvilla STV | 22 |
| 10. Kreditabrechnung Altersheim Golatti (Milchgasse), Gesamtsanierung, Projektierung | 23 |



Traktandum 1

Mitteilungen

Matthias Keller, Präsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Einwohnerratssitzung. Entschuldigt haben sich: Peter Jann, Beatrice Klaus, Susanne Klaus Günthart, Christoph Oeschger, Petra Ohnsorg, Peter Roschi und Brigitte Vogt. Anwesend sind 43 Personen.



Traktandum 2

Inpflichtnahmen

Matthias Keller, Präsident: Das Wahlbüro hat an seiner Sitzung vom 23. November 2018 die Wahl von Martina Niggli, als Ersatz von Gérald Berthet, bestätigt. An der Sitzung vom 18. Dezember 2018 wurde die Wahl von Fabio Mazzara, als Ersatz von Ueli Hertig, vorgenommen. Für die zurückgetretene Lelia Hunziker hat das Wahlbüro am 4. Januar 2019 Nora Riss gewählt. Neue Ratsmitglieder müssen in Pflicht genommen werden. Dafür bitte ich alle Ratsmitglieder, sich von den Sitzen zu erheben. Die drei Neugewählten bitte ich, sich vorne in die Mitte zu begeben. Ich werde die Gelöbnisformel vorlesen und bitte die drei neuen Ratsmitglieder, diese mit den Worten "ich gelobe es" zu bestätigen. Im Geschäftsreglement § 3 ist festgehalten: "Ich gelobe als Mitglied des Einwohnerrates, das Wohl der Stadt Aarau zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln."

Martina Niggli: "Ich gelobe es"

Mein Name ist Martina Niggli. Ich wohne in Aarau und bin auch hier aufgewachsen. Seit gefühlten Jahrzehnten bin ich Mitglied der Grünen Aarau. Beruflich bin ich als Controllerin beim Migros Genossenschaftsbund in Zürich tätig. Mein politisches Interesse ist sehr breit gefächert. Bezugnehmend auf Aarau interessieren mich Themen wie Tagesstrukturen, nachhaltige Mobilität und ein vielfältiges Kultur- und Bildungsangebot.

Nora Riss: "Ich gelobe es"

Mein Name ist Nora Riss. Mit einem kurzen Unterbruch in Suhr bin ich auch in Aarau aufgewachsen und wohne seit acht Jahren hier. Ich bin anscheinend das einzige Mitglied des Einwohnerrates, welches im Torfeld Nord wohnt. Ich bin Juristin im Asyl- und Ausländerrecht. Politisch interessieren mich Kultur und Jugendarbeit. Ich freue mich sehr auf die Arbeit im Einwohnerrat. Es ist mir eine grosse Ehre, hier mitwirken zu können.

Fabio Mazzara: "Ich gelobe es"

Mein Name ist Fabio Mazzara. Ich bin 41 Jahre alt und in Aarau geboren. Ich bin ledig und habe keine Kinder, aber seit 10 Jahren eine tolle Partnerin. Ich bin Grafiker und seit 18 Jahren selbstständig in einem kleinen Team tätig. Ich habe ein kleines Teilamt als Berufsschullehrer. In Aarau bin ich schon lange verankert und engagiert. Ich bin Mitbegründer der Schwanbar und arbeite dort immer noch aktiv mit, weil es ein grosses Hobby von mir ist. Ich war auch lange Zeit in der Neujahrskommission tätig oder engagierte mich am Musikfestival Melodie Aarau. Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit im Einwohnerrat. Erste Erfahrungen konnte ich schon am letzten Dienstag an der letzten Fraktionssitzung machen. Ich war eine halbe Stunde zu früh vor Ort und stand etwas verloren vor dem geschlossenen Raum. Minütlich sind die Mitglieder der FDP-Fraktion eingetroffen und haben sich um mich gekümmert. Vor allem Martin Bahnmüller, herzlichen Dank. Auch andere Mitglieder haben mir viel geholfen. Die fraktionsübergreifende Zusammenarbeit hat schon am ersten Tag meines Einsatzes super funktioniert. Ich hoffe, dass dies auch in Zukunft so bleiben wird.



Matthias Keller, Präsident: Wir wünschen den drei Neugewählten einen guten Start und viele spannende Momente beim Mitgestalten der Stadt Aarau als Einwohnerin/Einwohnerin.



Traktandum 3

Ersatzwahl einer Stimmzählerin oder eines Stimmzählers für den Rest der Amtsdauer 2018/2019 (anstelle von Ueli Hertig)

Matthias Keller, Präsident: Wir kommen zur Wahl einer Stimmzählerin oder eines Stimmzählers für die Amtsperiode 2018/2019 anstelle des zurückgetretenen Ueli Hertig. Durch seine Demission ist im Einwohnerratsbüro die Funktion als Stimmzähler frei geworden. Die Stimmzähler und das Präsidium bilden das Büro, welches für die korrekte Durchführung von Sitzung und Protokollierung verantwortlich ist. Seit der Einführung der elektronischen Abstimmungsanlage sind die Stimmzähler vor allem dazu da, Wahlen auszuzählen. Vorgeschlagen als neue Stimmzählerin ist Esther Belser Gisi von Pro Aarau. Wird von dieser Seite noch eine Begründung abgegeben? Da dies nicht der Fall ist und das Wort nicht weiter verlangt wird, gelangen wir zur Wahl. Allen Mitgliedern wird ein Wahlzettel ausgeteilt, auf welchem der Name der gewünschten Kandidatin oder des Kandidaten vermerkt werden kann. Ich bitte Leona Klopfenstein, bei der anschließenden Auszählung mitzuhelfen.

Wahlresultat

| | |
|---------------------------------|------------|
| Ausgeteilte Wahlzettel | 43 |
| leere oder ungültige | 1 |
| in Betracht fallende Wahlzettel | 42 |
| absolutes Mehr | 22 |
| | |
| Gewählt mit | 42 Stimmen |
| ist Esther Belser Gisi | |

Wir gratulieren dir zu diesem Glanzresultat und danken dir herzlich für die Bereitschaft, dieses Amt zu übernehmen.



Traktandum 4

Ersatzwahl eines Mitgliedes der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission ab 1. März 2019 für den Rest der laufenden Amtsperiode 2018/2021 (anstelle von Yannick Berner)

Matthias Keller, Präsident: Wir kommen zur Ersatzwahl eines Mitgliedes der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission ab 1. März 2019 für den Rest der laufenden Amtsperiode 2018/2021 anstelle von Yannick Berner. Vorgeschlagen ist Stefan Zubler. Mit Mail vom 25. Dezember 2018 hat Yannick Berner seinen Austritt aus der FGPK per 28. Februar 2019 erklärt. Dieser wird vor allem mit parteiinternen Funktionswechseln und beruflichen Veränderungen begründet. Wir wählen daher für den Rest dieser Legislaturperiode ein neues Mitglied der FGPK.

Yannick Berner, Mitglied: Aus beruflichen Gründen ist es mir leider nicht mehr möglich, die Nachmittage für die FGPK-Sitzung frei zu nehmen. Obschon meine Zeit in der Kommission eher kurz ausgefallen ist, habe ich diese als sehr spannend und lehrreich empfunden. Deshalb fällt mir der Rücktritt nicht leicht. Ich habe den überparteilichen Austausch zwischen den Kommissionskolleginnen und -kollegen und die Zusammenarbeit mit dem Stadtrat und der Stadtverwaltung sehr geschätzt. Es freut mich, Ihnen Stefan Zubler als Ersatz ab März 2019 zur Wahl vorschlagen zu können. Er ist seit Ende 2018 im Einwohnerrat vertreten und ist beruflich und ausbildungstechnisch perfekt für die Arbeit in dieser Kommission geeignet. Ich bin überzeugt, dass er sein Fachwissen als Projektleiter im Treuhandbereich bei der BDO Aarau und als Fachhochschulabsolvent in Betriebswirtschaft in der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission einzusetzen weiss. Stefan Zubler ist in Aarau aufgewachsen und bestens vernetzt. Er wird diese Aufgabe gewissenhaft und mit viel Herzblut erfüllen. Er wird mit Sicherheit durch seine Inputs eine grosse Bereicherung für die Stadt sein. Es ist mir eine Ehre, Stefan Zubler zur Wahl vorzuschlagen und ich bedanke mich für Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung.

Matthias Keller, Präsident: Nachdem keine weiteren Wortmeldungen gewünscht werden, gelangen wir zur Wahl. Ich verweise auf den erneut ausgeteilten Wahlzettel.

Wahlresultat

| | |
|---|------------|
| Ausgeteilte Wahlzettel | 43 |
| leere oder ungültige | 0 |
| in Betracht fallende Wahlzettel | 43 |
| absolutes Mehr | 22 |
| | |
| Gewählt mit ist Stefan Zubler | 42 Stimmen |
| | |
| Vereinzelt gültige Stimmen | 1 |

Wir gratulieren dir zu diesem sehr guten Resultat und danken dir für dein Engagement im Einwohnerrat.



Traktandum 5

Anfragen

Matthias Keller, Präsident: Es sind noch zwei Anfragen pendent.

- Sanierung Neubau Oberstufenschulhaus und
- Klimaangepasste Stadtentwicklung

Diese konnten aber noch nicht abschliessend behandelt werden.



Traktandum 6
GV 2018 - 2021 / 37

Beschlussfassung über die Überweisung des Postulats von Abdul M. Abdurahman (SP), Thomas Grüter (SP) und Mitunterzeichnende: Kinderfreundliche Gemeinde

Matthias Keller, Präsident: Mit Datum vom 18. Juni 2018 haben die Einwohnerräte Abdul M. Abdurahman (SP) und Thomas Grüter (SP) sowie Mitunterzeichnende das Postulat "Kinderfreundliche Gemeinde" eingereicht mit folgendem

Antrag

Der Stadtrat wird eingeladen, eine Standortbestimmung zur Kinderfreundlichkeit der Stadt Aarau durchzuführen und sich im Anschluss an diese Evaluation für das Label "Kinderfreundliche Gemeinde" zu bewerben.

Mit Botschaft vom 17. Dezember 2018 nimmt der Stadtrat zu diesem Postulat schriftlich Stellung und stellt folgenden

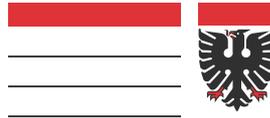
Antrag

Das Postulat "Kinderfreundliche Gemeinde" sei zu überweisen.

Es handelt sich hierbei um kein FGPK-Geschäft, weshalb wir umgehend in die Diskussion einsteigen.

Mohammed Abdurahman, Mitglied: Kinder- und Jugendförderung hat zum Ziel, die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen sowie den Dialog zwischen ihnen und dem Gemeinwesen zu verstärken. Die Ressourcen der Heranwachsenden sollen dabei gestärkt, ihre Kompetenzen weiterentwickelt und ihre Sozialisierung und ihr Wohlbefinden gefördert werden. Das Postulat zur Kinderfreundlichen Gemeinde verlangt eine Standortbestimmung zur Kinder- und Jugendförderung in Aarau, basierend auf dem eidgenössischen Kinder- und Jugendförderungsgesetz vom 01. Januar 2013. Das UNICEF-Label ist nicht vordergründig das Ziel, sondern der Weg dorthin. Die Situationsanalyse, Prozessgestaltung und Evaluation des Sozialraumes der Kinder und Jugendlichen dient dabei als Mittel zur Qualitätssicherung und als Anhaltspunkt für die betreffenden städtischen Stellen. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung für eine kinderfreundliche Stadt Aarau. Aus diesen Gründen folgt die SP-Fraktion dem stadträtlichen Antrag und stimmt diesem einstimmig zu.

Jürg Schmid, Mitglied: Kinderfreundlichkeit ist für die SVP-Fraktion sehr wichtig und soll entsprechend auch bei den Entscheiden und Massnahmen, die eine Gemeinde trifft, berücksichtigt werden. In den meisten Gemeinden werden die öffentlichen Institutionen auch im Bereich Jugend und Kind von Vereinen, beispielsweise Elternvereinen, Sportvereinen oder individuellen privaten Initiativen, unterstützt. Dies gilt auch für Aarau und die Stadt kann auf ihr heutiges Angebot für Kinder stolz sein. Natürlich soll man sich nicht auf den Lorbeeren ausruhen. Entsprechend erach-



ten wir es als eine gute Idee, eine Standortbestimmung mittels Ausfüllen und anschliessender Auswertung des Self-Assessments durch die UNICEF durchzuführen. Daraus können allfällige weitere Massnahmen im Rahmen des Legislaturziels 2019/22 "die Stadt fördert die Bereiche Kind und Jugend" definiert, geplant und umgesetzt werden. Die im Postulat formulierte Einladung zur Erlangung des Labels "Kinderfreundliche Gemeinde" erachten wir allerdings als wenig zielführendes Instrument. Eine Meinung, die offensichtlich viele Gemeinden teilen. Die UNICEF bietet die Zertifizierung seit 2004 an. Aktuell sind schweizweit gemäss UNICEF Internetseite gerade einmal 36 Gemeinden zertifiziert, wovon 22 neu und 14 rezertifiziert. Das spricht nicht für eine grosse Popularität. Sparen wir also die 15'000 Franken Auslagen für eine Zertifizierung und investieren dieses Geld doch direkt in weitere kinderfreundliche Projekte. Wir unterstützen die Schritte 1 bis 3 der Botschaft, erachten die Schritte 4 und 5 allerdings als überflüssig und lehnen damit die Überweisung des Postulats "Kinderfreundliche Gemeinde" einstimmig ab.

Anna Wartmann, Mitglied: Die SVP Fraktion lehnt das Postulat ab. Dabei geht es nicht darum, die schmerzhaften, gemeinsam beschlossenen Massnahmen von Stabulo 2 wieder rückgängig zu machen. Die SP sollte uns nicht als knausrig bezeichnen. Das Thema ist uns wichtig und wir haben darüber lange und grundlegend diskutiert. Ich bitte Sie, sich die gleichen Fragen zu stellen. Was genau ist das Ziel dieses Postulats und sind die vorgeschlagenen Instrumente auch die effizientesten, um das Ziel erreichen zu können? Beim UNICEF-Label für eine kinderfreundliche Gemeinde wird das Ziel schon in Frage gestellt. Niemand hier im Saal wird ernsthaft bezweifeln, dass die Stadt Aarau die Kinderrechtskonvention nicht einhält. Wir vertreten die Meinung, dass das internationale Label nicht auf eine Schweizer Gemeinde, wie Aarau, zugeschnitten ist. Wir sind der Meinung, dass der Betrag von 15'000 Franken, welcher die Evaluation durch UNICEF inkl. Label kosten würde, für unsere Kinder und unsere Zukunft direkt ausgegeben werden sollte. Es macht auch Sinn, in konkrete Projekte zu investieren, ohne Umwege und ohne Label. Als konkretes Beispiel möchte ich auf die politische Bildung eingehen. Mir ist aufgefallen, dass das erste Ziel des Labels eine kinderfreundliche Verwaltung beinhaltet. Ich bin aber der Meinung, dass wir in der Schweiz nicht primär in die Weiterbildung der Exekutive investieren sollten, sondern wir müssen den Schülerinnen und Schülern erklären, welches ihre politischen Rechte sind und wie die Legislative funktioniert, so wie es die Jungfreisinnigen schon lange fordern. Das gilt vor allem auf lokaler Ebene, weil dort junge, engagierte Kräfte fehlen, die sich in der Politik engagieren. Der Erfolg unseres Engagements wird sich auch einfach messen lassen, nämlich in der Wahlbeteiligung und im politischen Engagement der Jungen in Aarau. Das ist unser Lohn und dafür brauchen wir kein Label.

Lukas Häusermann, Mitglied: Die CVP unterstützt die Überweisung dieses Postulats. Nicht weil wir den Eindruck haben, die Stadt sei kinderunfreundlich. Es wird schon sehr viel für unsere Kinder getan. Wir sehen aber auch den Sinn hinter den Ausführungen des Stadtrates. Ich glaube, es ist durchaus das Ziel, Jugendliche und Kinder an eine sogenannte liberative Demokratie heranzuführen. Es geht darum, den Kindern den öffentlichen Diskurs, die öffentliche Beratung und die Teilnahme der Bürger an der öffentlichen Kommunikation zu vermitteln. Dies müsste aus unserer Sicht das massgebende Ziel sein. Sicher könnte man sich fragen, braucht es dafür ein Label. Ein solches steht für uns auch nicht unbedingt im Vordergrund. Trotzdem zeigt aber das UNICEF Label der Verwaltung den Weg auf und hilft bei der Umsetzung. Insofern folgen wir dem Antrag des Stadtrates und werden das Postulat überweisen



Ulrich Fischer, Mitglied: Wir werden das Postulat auch überweisen, obwohl wir es als heikel empfinden, wenn die kommunale Politik auf eine spezielle Bevölkerungsgruppe fokussiert ist. Im Jahre 2016 wurde dieses Geschäft mit dem bürgerlichen Stadtrat aufgegliest. Wir finden es in Ordnung, wenn das Thema wieder aufgegriffen wird, weil die Ressourcen wieder vorhanden sind. Ich möchte darauf hinweisen, dass heute drei Postulate behandelt werden, die alle dem Bereich Gesellschaft angehören, welcher ja ziemlich gekürzt wurde. Auch das zu behandelnde Geschäft wurde abgebrochen. Ich dachte, dies sei hinsichtlich der Leistungs- und Prozessüberprüfung erfolgt. Ich habe alte Unterlagen hervorgesucht. Diese zeigten, dass es sich bei der Kürzung um eine Massnahme in Stabilo 2 A1 handelt. Wir finden, die Stadt fördert den Bereich Kind und Jugend mit einem Legislaturziel 2019/22 und das Postulat passt zur Umsetzung. Da es sich um ein Postulat handelt, hat die Stadt auch einen Handlungsspielraum. Wir erwarten, dass die Überprüfung den konkreten Gegebenheiten in Aarau angepasst wird.

Nicola Müller, Mitglied: Ich möchte auf das Votum der FDP Replik nehmen. Es wurde nach dem Ziel gefragt. Ich denke, es sollte das Ziel sein, dass Aarau eine kinderfreundliche Stadt wird. Mit der Kinderrechtskonvention hat es nicht wirklich etwas zu tun. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass diese eingehalten wird. Die FDP hat viele Fragen gestellt, die wir uns heute Abend auch stellen sollten. Heute geht es aber nicht um Fragestellungen, sondern darum, Antworten zu liefern. Und das Postulat ist unsere Antwort. Von der FDP vermisse ich eine solche Antwort. Es wurde erwähnt, dass das Konzept nicht zu Aarau passe. Unter anderem soll innerhalb dieses Konzeptes ein Aktionsplan erstellt werden. Dieser ist individuell und auf unsere Stadt angepasst. Das Argument, es passe nicht für unsere Stadt, trifft nicht zu. Ich denke, es ist ein guter Vorschlag und wenn schlussendlich noch ein Label resultiert, kann dem nichts entgegengehalten werden.

Franziska Graf, Stadträtin: Das UNICEF-Label "Kinderfreundliche Gemeinde" passt gut zum Legislaturziel 2019/22 Nummer 10: "Die Stadt fördert die Bereiche Kind und Jugend". Der Stadtrat begrüsst daher eine Überweisung. Es geht dabei nicht darum, ein Label mehr zu haben. Ein solches Label gibt aber dem Thema einen professionellen Rahmen, um die Prozesse in der Stadtverwaltung nach einem gleichen Raster zu hinterfragen. Die Standortbestimmung hat ergeben, dass Aarau in sehr vielen Bereichen zum Thema "Kinderfreundlichkeit" gut unterwegs ist. Ein Punkt fällt aber deutlich auf, die Partizipation, also die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen an der Verwaltung. Es geht nicht darum, dass die Kinder und Jugendlichen verstehen müssen, wie eine Einwohnerkontrolle funktioniert, sondern es geht darum, deren Bedürfnisse abzuholen, wenn z.B. ein Pausenplatz gestaltet wird. Auch beim Thema Schulwegsicherheit ist es interessant zu wissen, welchen Weg die Kinder tatsächlich wählen. Oftmals werden nicht die Wege beschriftet, die von Eltern, Politiker oder Verwaltungspersonal vorgegeben werden. Hier sollten die Meinungen der Kinder und Jugendlichen abgeholt werden. In diesem Sinne wünscht sich der Stadtrat, dass das Postulat überwiesen wird.

Matthias Keller, Präsident: Wir gelangen zur



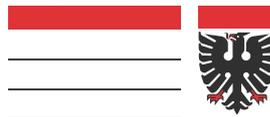
Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 24 Ja gegen 19 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Das Postulat "Kinderfreundliche Gemeinde" wird überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 7
GV 2018 - 2021 / 38

Beschlussfassung über die Überweisung des Postulats von Abdul M. Abdurahman (SP) und Lelia Hunziker (SP): Beitritt zur Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus

Matthias Keller, Präsident: Mit Datum vom 18. Juni 2018 haben die Einwohnerräte Abdul M. Abdurahman (SP) und Lelia Hunziker (SP) das Postulat "Beitritt zur Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus" eingereicht mit folgendem

Antrag

Der Stadtrat wird eingeladen, eine Standortbestimmung im Hinblick auf die Massnahmen des Zehn-Punkte-Aktionsplans zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene in Europa vorzunehmen. Anschliessend soll der Beitritt der Stadt Aarau zur Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus eingeleitet werden bzw. falls notwendig, die erforderlichen Massnahmen ergriffen werden, damit der Beitritt zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen kann.

Mit Botschaft vom 17. Dezember 2018 nimmt der Stadtrat zu diesem Postulat schriftlich Stellung und stellt folgenden

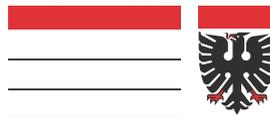
Antrag

Das Postulat "Beitritt zur Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus" sei zu überweisen.

Es handelt sich um kein FGPK-Geschäft und wir gelangen direkt zur Diskussion.

Mohammed Abdurahman, Mitglied: Rassismus geht uns alle an. Egal, wie unsere persönlichen Wahrnehmungen und Empfindungen sind. Fakt ist, dass wir in einer postmigrantischen Gesellschaft leben. Um ein erfolgreiches Zusammenleben in unserer Stadt nachhaltig zu sichern und stetig zu verbessern, müssen wir bereit sein, die gesellschaftliche Realität anzuerkennen. Der Aktionsplan ermöglicht der Stadt Aarau erstmals, ein Zeichen gegen Ausgrenzung und Rassismus zu setzen. Der Aktionsplan hat zum Ziel, gegenseitigen Respekt und Toleranz zu fördern sowie den Dialog zwischen den Menschen und das Verständnis innerhalb der Bevölkerung zu stärken. Durch eine wirkungsvolle Realisierung des Aktionsplans werden Rassismus und Ausgrenzung nachhaltig auf lokaler Ebene bekämpft. Deshalb stimmt die SP Fraktion dem stadträtlichen Antrag einstimmig zu.

Anna Wartmann, Mitglied: Die FDP-Fraktion lehnt auch dieses Postulat ab, obwohl Rassismus auch für uns ein wichtiges Thema ist. Die Flughöhe stimmt für uns aber nicht. Die sieben grössten Schweizer Städte haben sich der Städtekoalition angeschlossen. Wir sind der Meinung, dass Rassismus in unserer kleinen Stadt, in welcher Bürgerinnen und Bürger verschiedener Nationen zusammen und nicht gegeneinander leben, kein Problem ist. Rassismus erfolgt unterschwellig und nicht öffentlich und scheint daher kein echtes Problem zu sein, zumal von Seiten der Stadtverwal-



tion in dieser Hinsicht bis anhin auch nichts unternommen wurde. Daher lehnen wir den Antrag im Wortlaut ab, stimmen aber dem Stadtrat zu, den Antrag zu überweisen und zwar in folgenden zwei Schritten: Zuerst soll eine Standortbestimmung vorgenommen und anschliessend basierend darauf über das weitere Vorgehen entschieden werden. Ich bitte den Stadtrat, das Augenmerk nicht nur auf die Chancengleichheit der verschiedenen Nationalitäten zu setzen, sondern die Diskriminierung in ihren verschiedenen Formen anzusehen, auch im Hinblick auf die gefassten Massnahmen bezüglich der Integration.

Urs Winzenried, Mitglied: Die SVP-Fraktion ist im Zusammenhang mit dieser Postulatsfrage gespalten. Wir sind uns einig, dass Rassismus absolut verwerflich ist. Rassismus als Diskriminierung von Menschen aufgrund der Herkunft, Rasse, Ethnie oder Religion darf es in einem Rechtsstaat nicht geben. Folgen von Rassismus, wie wir sie in der Vergangenheit erlebt haben, sind verheerend. Ausgrenzung, Verunsicherung, Gewalt, Hass, ethnische Säuberungen bis hin zu Völkermord. Das darf man nicht tolerieren. Es gibt zahlreiche internationale Übereinkommen, die Rassismus verbieten. Ich erinnere an die Europäische Menschenrechtskonvention ERMK, Art. 14, welche Rechtsgleichheit und Verbot von Rassismus fordert. Die europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz versucht, dem Postulat zum Durchbruch zu verhelfen. Unsere Bundesverfassung verbietet in Art. 8 ebenfalls Rassismus. Gemäss Art. 261 ect. Strafgesetzbuch wird Rassismus unter Strafe gestellt. Auch die Kantonsverfassung des Kantons Aargau verbietet in Art. 10 Rassismus. Wir sind uns einig, dass es Rassismus nicht geben darf. Es stellt sich die Frage, ob das Postulat der richtige Weg ist, um das Thema in Aarau noch besser in Griff zu bekommen. Wir sind in der SVP mehrheitlich der Meinung, dass die Standortbestimmung in Zusammenhang mit diesem Postulat notwendig und zielführend ist. Wachsamkeit, Analyse, Unterstützung von Opfer, Gewaltverhinderung und Konfliktmanagement sind gemäss 10 Punkte-Programm wichtig und müssen genau verfolgt werden. Der Stadtrat sollte bei der Bestimmung der Massnahmen aus diesem Katalog eine gewisse Freiheit haben, um diejenigen Massnahmen vorzukehren, die als richtig angesehen werden. Dass sich in der Schweiz sieben grössere Städte an diesem Postulat resp. Koalition beteiligen, ist sicher auch ein Zeichen, dass Städte in der Schweiz an dieser Koalition teilnehmen sollten. Wir sind uns in der Fraktion aber nicht einig, ob es dazu eine externe Fachberatung braucht oder ob die Stadt die Auslegeordnung nicht selbst vornehmen und dadurch Kosten einsparen könnten. Die SVP-Fraktion unterstützt mehrheitlich das Postulat, eine Minderheit wird es ablehnen.

Lukas Häusermann, Mitglied: Die CVP unterstützt die Überweisung dieses Postulats. Dabei erscheinen uns zwei Aspekte als wichtig. Rassismus kann nicht mit einem Beitritt zu einer solchen Koalition an die Stadtverwaltung delegiert werden. Jede einzelne Bürgerin und jeder Bürger ist hier in der Pflicht. Wir sehen, dass es im Bereich Rassismus aber durchaus auch einen öffentlichen Aspekt gibt. Hier scheinen uns die vorgetragenen Punkte anwendbar, ev. in Form einer Checkliste. Jede und jeder Verwaltungsangestellte müsste sich Gedanken zum 10 Punkte-Aktionsplan machen und sich dabei hinterfragen, welche Punkte für ihn selbst relevant sind. Sich selber zu bemühen macht mehr Sinn, als einen externen Berater beizuziehen, welcher nicht wirklich beurteilen kann, was die Leistung unserer Stadt betrifft. Der Stadtrat wird sicher bereit sein, den einen oder anderen angesprochenen Gedanken noch mitzunehmen. Für mich gibt es nichts mehr hinzuzufügen. Wir werden diesem Postulat zustimmen.

Ulrich Fischer, Mitglied: Wir werden das Postulat auch unterstützen. Wir begrüssen, dass es sich dabei um eine Standortbestimmung handelt. Wenn das Ergebnis vorliegt, kann entschieden wer-



den, ob Massnahmen notwendig sind. Der Nachtragskredit wurde teilweise kritisiert. Wir finden aber, dass eine externe Fachberatung angebracht ist und angesichts der Reduktion der Pensen, die vorgenommen wurden mit Stabulo 2 A1, als angemessen erscheint. Der Einwohnerrat kann anhand des Berichtes des Stadtrates dann entscheiden, ob spezielle Massnahmen nötig sind.

Angelica Cavegn Leitner, Stadträtin: Wir bedanken uns für die grundsätzliche Unterstützung dieses Antrages und freuen uns, wenn das Postulat überwiesen wird, um aktiv daran arbeiten zu können. Ich habe verschiedene Inputs aufgenommen. Es wird eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe mit dem Beizug von Fachleuten geben. Diese verfügen über das nötige Knowhow. Wir werden auch mit anderen Städten Kontakt aufnehmen, damit die Auslegeordnung schnell vorgelegt werden kann.

Matthias Keller, Präsident: Wir kommen zur

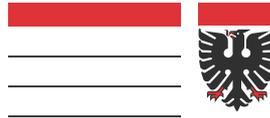
Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 29 Ja gegen 14 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Das Postulat "Beitritt zur Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus" wird überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 8
GV 2018 - 2021 / 51

Beschlussfassung über die Überweisung des Postulats von Leona Klopfenstein (SP), Lelia Hunziker (SP), Daniel Ballmer (Grüne) und Christoph Waldmeier (EVP/EW): Geflüchtete im Mittelmeer

Matthias Keller, Präsident: Mit Datum vom 18. September 2018 haben die Wohnerräte Leona Klopfenstein (SP), Lelia Hunziker (SP), Daniel Ballmer (Grüne) und Christoph Waldmeier (EVP/EW) das Postulat "Geflüchtete im Mittelmeer" eingereicht mit folgendem

Antrag

Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, wie er sich über geeignete Gremien (beispielsweise via Städte-Verband, direkte Gespräche etc.) beim Bund dafür einsetzen kann, dass dieser geflüchtete Menschen von den Schiffen im Mittelmeer aufnimmt. Aarau soll sich dabei in die Reihe von Städten wie Palermo, Berlin, Barcelona, Kiel, Amsterdam, Stockholm und Neapel stellen, um den geflüchteten Menschen Schutz zu bieten.

Mit Botschaft vom 17. Dezember 2018 nimmt der Stadtrat zu diesem Postulat schriftlich Stellung und stellt folgenden

Antrag

Das Postulat "Geflüchtete im Mittelmeer" sei nicht zu überweisen.

Es handelt sich um kein FGPK-Geschäft. Wir gelangen direkt zur Diskussion.

Leona Klopfenstein, Mitglied: Über 2000 Flüchtlinge sind im vergangenen Jahr im Mittelmeer ertrunken. Die Hälfte davon sind Kinder unter 18 Jahren. Menschen im Mittelmeer sterben zu lassen, um die Abschottung Europas weiter voranzubringen, ist unerträglich und spricht gegen jegliche humanitäre Tradition. Migration ist und wird immer ein Teil unserer Gesellschaft sein. Anstelle die Grenzen dicht zu machen, braucht es ein offenes Europa und solidarische Städte. Wir fordern den Stadtrat auf, die Flüchtlingshilfe voran zu treiben und Forderungen zu stellen, die weitergehen, als diejenigen von Bund und Kanton. Die Antwort des Stadtrates bezieht sich nur darauf, welche grosse Arbeit bereits in unserer Stadt geleistet wird. Viele Bewohnerinnen und Bewohner engagieren sich freiwillig für tolle Projekte. Diese machen Aarau zu einer lebenswerteren und solidarischeren Stadt. Bei Projekten im Asylbereich handelt es sich aber vorwiegend um Privatinitiativen. Die Stadt unternimmt da eher wenig. Warum sollen wir als politische Instanz aber nicht auch unseren Beitrag leisten? Wir sind gewählte Politikerinnen und Politiker und wir könnten weit mehr machen, als nur über die vorgelegten Geschäfte beraten. Wir können ein Zeichen setzen, indem unsere Stadt Verantwortung übernimmt. Ein Plädoyer beim Städteverband ist kein grosser Aufwand. Die Möglichkeiten, auf die Tragödie zu reagieren, sind gross. Der Stadtrat kann sich via geeignete Gremien, wie beispielsweise beim Städteverband oder im direkten Ge-



sprach beim Bund, dafür einsetzen, dass die Menschen auf den Schiffen im Mittelmeer gerettet werden. Der Stadtrat kann eine Mitgliedschaft bei der europäischen Initiative "Solitarity City" prüfen. Zudem kann er die in Aarau vorhandene aktiv gestaltete Flüchtlingspolitik auch gegenüber dem Bund und dem Kanton signalisieren. Tatsache ist, dass die Zahlen von Asylsuchenden in der Schweiz eher zurückgehen, doch die Aufnahmekapazität in der Stadt bleibt unverändert. Wir wünschen uns, dass der Stadtrat in Anbetracht der sinkenden Asylzahlen gegenüber dem Bund und dem Kanton signalisiert, dass wir in der Lage sind, mehr Personen aufzunehmen. Es ist allen bewusst, dass der Bund und der Kanton für das Thema gesetzlich verantwortlich sind. Man kann sich da schon fragen, was wir kleinen Lokalpolitiker schon bewirken können. Aber genau darum geht es. Auch der Stadtrat setzt sich immer wieder für kantonale und nationale Themen ein, beispielsweise wenn es um die Bahnverbindungen im Mittelland geht. Hier trat der ganze Stadtrat diesem Komitee bei. Nationale Politik betrifft auch uns. In unserem Postulat fordern wir den Stadtrat auf, sich in die Reihe der Städte wie Palermo, Berlin usw. einzureihen. Mittlerweile sind auch Schweizer Städte dazugekommen. Luzern, Basel und Schlieren haben das gleiche Postulat bereits überwiesen. Das Bieler Stadtparlament geht noch weiter. Es fordert den Stadtrat auf, 300 Menschen zusätzlich aufzunehmen. Auch die Bernerinnen und Berner haben ihrem Parlament den Antrag überwiesen, 350 Menschen zusätzlich aufzunehmen. In Baden empfiehlt der Stadtrat dieses Postulat zur Annahme. In den Städten Zürich, Lausanne, Winterthur, Schaffhausen und Genf werden in den nächsten Monaten genau die gleichen Postulate ebenfalls behandelt. Gegenüber Bund und Kanton ist das ein deutliches Signal, einen Beitrag an die Flüchtlingssituation zu leisten. Gegnerinnen und Gegner dieses Postulates werden darauf beharren, dass dieses Thema nicht in unserem Zuständigkeitsbereich liegt. Dabei handelt es sich aber nur um eine Ausrede, keine solidarische Politik zu betreiben.

Max Suter: Ich stelle mir die Frage nach dem Sinn dieses Postulats. Wird hier schon Wahlkampf betrieben? Das gleiche, wortwörtliche Postulat ist bereits am 27. August 2018 durch SP, EVP und AL im Kantonsrat Zürich sogar dringlich eingereicht worden. Der Kantonsrat hat dann an der Sitzung vom 29. Oktober 2018 das Postulat nicht überwiesen. Auch in anderen Städten haben linke Kreise "kopieren und einfügen" auf dem PC gedrückt und das Postulat eingereicht, obschon man weiss, dass die Zuständigkeit auf kantonaler und Bundesebene liegt und das Ziel, zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen, an übergeordneten Rechtslagen scheitert. Aber all die Eingaben hatten immerhin den Vorteil, dass auch der Stadtrat in Aarau in seiner Antwort "kopieren und einfügen" drücken konnte und somit nicht allzu viele Arbeitsstunden für die Beantwortung aufwenden musste. Die Postulanten schreiben: "Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er sich beispielsweise via Städteverband oder in direkten Gesprächen beim Bund dafür einsetzen kann, dass dieser geflüchtete Menschen aufnimmt." Dafür braucht es doch kein Postulat. Muss der Stadtrat dazu wirklich aufgefordert werden? Sind wir nur kinderfreundlich, wenn wir ein Label dafür haben? Sind wir nur gegen Rassismus, wenn wir einer Städtekoalition angehören? Ich glaube das nicht. Wir haben Vertrauen in den Stadtrat, dass er sich dort einsetzt, wo es notwendig ist. Wir sind zudem überzeugt, dass innerhalb der politischen Vernetzungen solche Themen angesprochen werden. Wir haben auch in die Bevölkerung von Aarau Vertrauen, dass sie hilft, wo es nötig ist. Bis heute hat das ohne Postulat und ohne Labels funktioniert. HEKS und Flüchtlingshilfe haben 2018 eine Petition eingereicht, die genau diese Problematik thematisiert. Zudem haben die Städte keine Entscheidungskompetenzen. Dafür sind gesetzliche Grundlagen auf Kantons- und Bundesebene erforderlich. Aarau hat bis anhin grosse Integrationsleistungen erbracht. Der ausführlichen Antwort des Stadtrates ist nichts mehr beizufügen. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass Aarau in



diesem Bereich ein grosses Engagement erbringt, folgt dem Antrag des Stadtrates und wird das Postulat nicht überweisen.

Ulrich Fischer, Mitglied: Ich danke Leona Klopfenstein für das engagierte und herzerwärmende Votum. Es fällt mir schwer, mitzuteilen, dass unsere Fraktion grossmehrheitlich das Postulat nicht überweisen will. Der Antrag lautet, Aarau soll sich beim Bund dafür einsetzen, dass dieser geflüchtete Menschen von den Schiffen im Mittelmeer aufnimmt und Aarau soll den Flüchtlingen Schutz bieten. Für mich ist das Postulat plakativ. Es ist eine schwer aushaltbare Situation. Gemäss Zeitungsberichten gab es wieder eine Katastrophe mit mehr als 100 ertrunkenen Menschen. Trotzdem sehe ich keine Lösung für dieses Problem. Das Postulat differenziert nicht zwischen Migration und Flucht, auch wenn es Überschneidungen gibt. Es geht darum, dass Menschen aus Afrika für ihre Zukunft eine Entwicklungchance in Europa suchen. Für die unsichere Überfahrt bezahlen sie viel Geld und bezahlen sie zum Teil mit ihrem Leben. Mit der aktuellen europäischen Migrationspolitik soll versucht werden, die Zahl der Menschen, die so in Seenot geraten, zu reduzieren, indem die unregelmässige Migration erschwert wird. Das erfolgt damit, dass keine Boote zur Verfügung stehen und die Küstenwachen der Mittelmeerländer versuchen, die Menschen wieder zurückzubringen. Es wird versprochen, dass gleichzeitig mit der Erschwerung der Migration der Zugang zum Asylverfahren gewährt sein soll. Inwieweit dies der Fall ist, kann ich nicht beurteilen. Aus unserer Sicht entzieht sich das Thema der Gestaltungsmöglichkeit durch den Einwohnerrat und den Stadtrat. Wir haben zwar eine indirekte Mitwirkungsmöglichkeit durch unser Abstimmungs- und Wahlverhalten in der Schweiz. Es wäre vielmehr unsere Aufgabe, uns für die Integration derjenigen Menschen einzusetzen, deren Aufenthaltsstatus klar ist und dadurch Einwohner der Stadt Aarau geworden sind. Trotz des positiven Berichts der Stadtverwaltung möchten wir noch eine Anfrage formulieren mit dem Ziel, aufzuzeigen, wie sich die Integration gestaltet und ob zusätzliche Massnahmen möglich sind.

Barbara Schönberg von Arx, Mitglied: Unmenschliches müssen Männer, Frauen und auch unbegleitete Jugendliche und Kinder bei der Flucht über das Mittelmeer durchstehen. Wir können uns dieses unermessliche Leid und die existentielle Not nur ansatzweise vorstellen. Wir alle stehen in der moralischen Pflicht, bei diesem Leid nicht wegzusehen, sondern zu helfen. Das Problem der Aufnahme und der Verteilung der Flüchtlinge muss professionell gelöst werden und ist nicht Aufgabe des Stadtrates. Aus diesem Grund lehnt die CVP das Postulat ab. Wir vertreten die Meinung, dass der Stadtrat kantonale und eidgenössische Netzwerke ausreichend vernetzt ist, um bei dieser Frage wohlwollend mitwirken zu können. Entscheidend und zielführend scheint uns, dass der Stadtrat die Integration derjenigen Menschen unterstützt und fördert, die einen Platz in unserer Stadt zugewiesen erhalten haben. An dieser Stelle möchten wir an den Stadtrat appellieren, zu versuchen, vor allem den Schwächsten in dieser Gruppe - den unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden - ein Stück Heimat zu geben.

Christoph Waldmeier, Mitglied: Ich möchte dem Stadtrat für die Beantwortung dieser Postulate danken. Ich finde, sie sind alle seriös von der Verwaltung geprüft worden. Seit 8 Jahren unterrichte ich an der Oberstufe im Schachen in Aarau. Bei ca. einem Viertel meines Arbeitspensums geht es um Flüchtlinge und Migranten, die von null Monaten bis zu zwei Jahren in der Schweiz sind und daher kann ich aus der Praxis berichten. Ich würde mir mit dem Postulat wünschen, dass wir uns für die Geflüchteten aus dem Mittelmeer stark machen und man sich auf den Umgang mit diesen Menschen spezialisieren würde. Ich erlebe diese Flüchtlinge, die mit dem Schiff angekom-



men sind, anders. Sie sind häufig stark traumatisiert und geschockt, was bei Flüchtlingen, die über andere Wege zu uns gelangt sind, weniger der Fall ist. Es ist für diese Menschen schwierig, hier anzukommen. Wenn wir uns als Binnenstadt auch für diese Flüchtlinge einsetzen könnten, wäre das ein gutes Zeichen gegen aussen und für diese Menschen. Ich möchte mich noch zur Zuständigkeit äussern. Die Meisten finden, wir seien lokal nicht zuständig, aber wenn es ein Problem gibt, ist meistens der Kanton zuständig. Beim Kanton hingegen heisst es oft, es sei Sache der Gemeinde oder des Bundes. Beim Bund wird man dann oft an das Abkommen von Schengen Dublin verwiesen. Wenn wir uns mit Gesprächen einsetzen oder spezialisieren würden, hätten wir unseren Teil dazu beigetragen, damit die Bootsflüchtlinge ein besseres Ankommen hätten. Ich erlebe es nicht so, dass alle Wirtschaftsmigranten sind. Ich muss aber zugestehen, dass es wahrscheinlich unter den Bootsflüchtlingen mehr Wirtschaftsmigrantinnen und -Migranten gibt, als bei solchen, die auf anderen Wegen ins Land kommen. Was ich hier erzähle, basiert auf Erlebtem. Ich kann es nicht wissenschaftlich untermauern. Wenn die Jugendlichen eine Zeit lang hier sind, beginnen sie mehr und mehr zu erzählen. Dass es Wirtschaftsflüchtlinge gibt, ist ein hausgemachtes europäisches Problem. Wir exportieren Nahrungsmittelüberschüsse nach Afrika. Wir wollen mit Afrika Geschäfte machen, demzufolge entsteht dort Werbung. Das widerspiegelt ein ziemlich verzerrtes Bild von Europa und es entsteht leicht der Eindruck, dass bei uns alles zu haben ist. Wenn es den Menschen in diesen Ländern schlecht geht, sie und ihre Eltern keine Arbeit und Hunger haben, suchen sie den Weg in eine bessere Welt. Es gibt aber auch andere Flüchtlinge, die aus anderen Umständen den Seerettungsweg wählen. Ich wünsche mir Unterstützung bei diesem Postulat. Ich denke, man kann auf einer übergeordneten Ebene gut auf diese Probleme aufmerksam machen. Es ist wirklich eine Hilfe für diese Flüchtlinge. Es wurde mir auch berichtet, dass Menschen einfach über Bord geworfen wurden. So könnten wir auch etwas zur Linderung dieses Leids beitragen, was bis anhin nur durch die Anrainerstaaten des Mittelmeeres erfolgte. Es geht nicht darum, meinen Job zu sichern. Ich habe genug Stunden. Bitte unterstützen Sie dieses Postulat.

Daniel Ballmer, Mitglied: Die italienische Regierung hat ihre Häfen für gerettete Flüchtlinge geschlossen. Rechtsextreme Gewalttaten werden nicht mehr klar verurteilt, sondern gerechtfertigt und politische Gegner werden mit fadenscheinigen Argumenten verurteilt. Das Ziel dieser Übung besteht darin, zu testen, wie weit Italien und Europa bereit sind, von Demokratie und Rechtsstaat abzuweichen. In einem Punkt hat der Stadtrat völlig recht. Die Forderung dieses Postulats wäre auf nationaler Ebene besser aufgehoben. Dort sitzt aber eine solide Mehrheit, die weder den Mut noch den Willen hat, mit mehr als ein paar leeren Worten gegen Menschenrechtsbrüche im Ausland einzustehen. Das passive Zusehen, bei gleichzeitigem aktiven Mitverdienen, hat eine lange Tradition, die sich von der Sklaverei über den Kolonialismus, Nazi Deutschland und Apartheid bis heute hinzieht. Es stellt sich nicht die Frage nach der Zuständigkeit. Das wissen wir, aber es wird nichts unternommen. Die offizielle Schweiz schweigt mehrheitlich. Das ist eine nicht auszuhaltende Situation. Ich frage mich, schweigt Aarau mit, oder gesellen wir uns zu der Anzahl wachsender Städte, die sich klar gegen das Ertrinken von Menschen stellt? Die Grüne Fraktion unterstützt daher das Postulat klar und deutlich.

Eva Schaffner Wicki, Mitglied: Es gab den Slogan "das Boot ist voll" und dieser wurde nicht von Herrn Schwarzenbach erfunden. Es war ein Slogan aus dem zweiten Weltkrieg, weil man nicht mehr Flüchtlinge aufnehmen wollte. Rund um dieses Thema entstand ein Historikerstreit. Mit dem Postulat könnte die Stadt ein kleines Zeichen setzen. Auch wenn man sich bereit erklären würde, 350 Asylsuchende aufzunehmen, würde es sich immer noch um ein kleines Zeichen handeln. Syrien hat 11 Mio. Einwohner und 1.3 Mio. Flüchtlinge. In Syrien herrscht seit 2011 Krieg.



Deshalb sind sie nach Jordanien geflüchtet. Jordanien hat 11 Mio. Einwohner und 1.3 Mio. Flüchtlinge. Ich kenne den Libanon und Jordanien gut und liebte Syrien, als dort noch kein Krieg herrschte. Der Libanon hat 4 Mio. Einwohner und 1 Mio. Flüchtlinge. Für diejenigen Flüchtlinge mit einem Bleiberecht und einer Perspektive als Asylsuchende bei uns in der Schweiz, ist Geld vorhanden. Die Integrationspauschale wurde von 6'000 Franken auf 18'000 Franken erhöht. Damit können die Leute besser integriert und geschult werden. Wieso gehen die Asylgesuche in der Schweiz zurück? Sie gehen nicht zurück, weil es weniger Flüchtlinge gibt, sondern weil wir dank Schengen Dublin niemanden mehr aufnehmen müssen. Denn in der Regel werden die Bootsflüchtlinge in einem Nachbarland oder neuerdings in Spanien oder Griechenland registriert. Sobald ein Asylsuchender in einem Land registriert ist, kann er an keinem anderen Ort ein weiteres Asylgesuch stellen. Schengen Dublin schützt uns. Der Bund versucht aus politischen Gründen, die Zahlen deutlich zurückzufahren. Ich habe mit dieser Thematik beruflich zu tun. Ich bin in der Erziehungsdirektorenkonferenz in Bern für diese jungen Leute zuständig, auch für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene usw. sowie für die Schulung. Der Kanton Aargau hat im Jahre 2015 ca. 350 unbegleitete minderjährige Asylsuchende aufnehmen müssen und es kommen regelmässig mehr dazu. Der Kanton Aargau war der einzige Kanton, der für diese nichts vorgekehrt hat. Es benötigte eine private Initiative zum Aufbau einer UMA Schule mit heute 150 Plätzen. Es sind weitere zwei Jahre vergangen, bis auf dringliches Ersuchen des Netzwerkes Asyl aus dem Lotteriefonds für diese Schule Geld gesprochen wurde. Die Plätze reichen aber immer noch nicht aus. Weder Bund noch Kanton zeigen klare Haltungen. Es bräuchte aber ein Zeichen im Rahmen der Humanität. Das Thema ist emotional aufgeladen. Es wird immer wieder betont, dass es sich meistens nur um Wirtschaftsflüchtlinge handelt. Ich denke aber an die Syrer und an die Afghanen. Warum sind junge afghanische Männer bei uns? Weil diese in der Regel vor dem IS und den furchtbaren Zuständen in Afghanistan in den Iran flüchten. Dort dürfen sie max. sechs Jahre die Schule besuchen und dort absolvieren sie Militärdienst. Von dort werden sie dann in den Syrienkrieg geschickt. Die Aussage einer Gesellschaft, der es ausserordentlich gut geht, dass keine Lösungen vorhanden sind und gegen das Ertrinken nicht mehr unternommen werden kann, finde ich überheblich. Aber ein Zeichen der Menschlichkeit würde uns allen wirklich sehr gut anstehen. Deshalb bitte ich Sie, das Postulat zu überweisen.

Anna Wartmann, Mitglied: Nach diesen vielen emotionalen Voten möchte ich mich wieder auf das Sachliche konzentrieren. Meine Mutter stammt aus der Slowakei und ich weiss, was es heisst, wenn jemand als Wirtschaftsflüchtling in die Schweiz kommt, weil er seine Arbeit in seinem Heimatland nicht wie gewünscht ausleben kann. Wir lehnen das Postulat aus den vom Stadtrat dargelegten Gründen ab. Die Aufnahme, Registration und Verteilung der Flüchtlinge liegt in der Kompetenz des Bundes. Wenn man das ändern möchte, müsste man den fixen Verteilschlüssel ändern, welchen die Kantone zusammen vereinbart haben. Man würde dem Grundsatz des Dublin-Abkommens widersprechen, wenn man den Bund auffordern würde, direkt geflüchtete Menschen von den Schiffen auf dem Mittelmeer aufzunehmen. Man müsste den Bund auffordern, sich dafür einzusetzen, dass das Dublin-Abkommen besser gestaltet wird. Eine solche Forderung zum Zeitpunkt zu stellen, in welchem wir über ein neues Waffengesetz und damit über das Schengen-Dublin-System abstimmen, finde ich persönlich verantwortungslos.

Angelica Cavegn Leitner, Stadträtin: Das Postulat beinhaltet, dass sich der Stadtrat bei den geeigneten Gremien einsetzen soll. Die Stadt Aarau ist Mitglied des Städteverbandes. Es finden regelmässig Städtekonferenzen statt. Im Bereich Soziales bin ich, aber auch Jeannine Meier, vertreten. Bei diesen Zusammenkünften finden entsprechende Gespräche statt. Es nehmen dort auch



Personen teil, welche in Bern politisieren. Bei diesem direkten Kanal sind die Inputs, die von den Gemeindevertretern kommen, gewährleistet. Die Stadt Aarau fokussiert sich stark auf die Menschen, die bei uns sind. Es liegt aber nicht in unserer Entscheidungskompetenz, wer zu uns kommt. Es ist unsere Aufgabe, die Leute, die hier ankommen, optimal zu betreuen. Wir haben eine Koordinationsstelle Freiwilligenarbeit und Angebot, zusammen mit Suhr und Buchs ins Leben gerufen. Aarau und die Region haben die meisten Aufgenommenen im Kanton. Wir haben den Kanton um Unterstützung gebeten. Die Koordinationsstelle hat sich im Kanton ausgeweitet. Es gibt auch verschiedene andere Institutionen. Zusammen mit ihnen nehmen wir die Evaluation vor. Daraus entstand ein neues Projekt, indem wir mit den Gemeinden des Bezirks Aarau versuchen, ein Projekt zu erarbeiten, um Asyl und Integration noch näher zusammen zu bringen. In der Stadt Aarau wird diesbezüglich für diese Leute sehr viel unternommen. Beim Kanton sind wir auch in den Bereichen Beschäftigung, Bildung und Freiwilligenarbeit vertreten. Ich arbeite im Bereich Beschäftigung mit. An der letzten Sitzung hat man sich stark damit befasst, wie die Leute gut integriert werden können und wie man bei der Wirtschaft vorstellig werden kann. Die Stadt Aarau holt die in Aarau aufgenommenen Leute ab, indem sie so gut wie möglich gefördert werden. Die nötigen Gespräche mit dem Städteverband finden statt. Auch mit dem Bund besteht enger Kontakt. Bezüglich Spezialisierung haben wir auf die Zuteilung keinen Einfluss. Ich bin stolz darauf, was in Aarau in diesem Bereich alles geleistet wurde. Der Stadtrat ist der Meinung, die Aufgabe gut erfüllt zu haben und beantragt deshalb, das Postulat – wie formuliert – nicht zu überweisen. Wir haben auch Kontakt mit der Stadt Baden aufgenommen. Baden hat entschieden, das Postulat zu überweisen und nach Kenntnisnahme des Berichtes abzuschreiben. Der Stadtrat Aarau hat entschieden, das Postulat direkt abzuweisen, weil wir überzeugt sind, dass der Stadtrat alle zur Verfügung stehenden Kanäle bereits nützt.

Matthias Keller, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Der Einwohnerrat fasst mit 18 Ja gegen 25 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Das Postulat "Geflüchtete im Mittelmeer" wird nicht überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 9
GV 2018 - 2021 / 55

Kreditabrechnung Sanierung Zurlindenvilla STV

Matthias Keller, Präsident: Mit Datum vom 12. November 2018 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Sanierung Zurlindenvilla STV". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von Fr. 4'280'000.00 mit Bruttoanlagekosten von Fr. 3'751'184.90 ab. Es resultiert eine Kreditunterschreitung von Fr. 528'815.10, das sind 12.36 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an der Sitzung vom 8. Januar 2019 zur Prüfung vor. Sie empfiehlt einstimmig die Annahme der Abrechnung und verzichtet auf ein Kommissionsreferat.

Nachdem niemand aus dem Einwohnerrat das Wort dazu wünscht, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 43 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Die Kreditabrechnung "Sanierung Zurlindenvilla STV" wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 10
GV 2018 - 2021 / 56

Kreditabrechnung Altersheim Golatti (Milchgasse), Gesamtsanierung, Projektierung

Matthias Keller, Präsident: Mit Datum vom 26. November 2018 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Altersheim Golatti (Milchgasse), Gesamtsanierung, Projektierung". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von Fr. 400'000.00 mit Bruttoanlagekosten von Fr. 418'370.45 ab. Es resultiert eine Kreditüberschreitung von Fr. 18'370.45, das sind 4.59 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an der Sitzung vom 8. Januar 2019 zur Prüfung vor. Sie empfiehlt einstimmig die Annahme der Abrechnung und verzichtet auf ein Kommissionsreferat.

Nachdem niemand aus dem Einwohnerrat das Wort dazu wünscht, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 43 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Die Kreditabrechnung "Altersheim Golatti (Milchgasse), Gesamtsanierung, Projektierung" wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Schluss der Sitzung: 20.35 Uhr

EINWOHNERRAT AARAU

Der Präsident:
Matthias Keller

Der Protokollführer:
Stefan Berner